



BILDUNG -

INTEGRATION -

BESCHÄFTIGUNG

Dokumentation zur Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaften
am 30.10.2010 in Reutlingen

INHALT

Einleitung	Seite 3
Workshop 1: „Wie geht gute Bildung?“	Seite 5
Workshop 2: „Entscheidet die Bildung über unsere Gesundheit?“	Seite 6
Workshop 3: „Ohne Bildung = kriminell. Stimmt das?“	Seite 10
Workshop 4: „Alt werden in der neuen Heimat -Wie geht gute interkulturelle Altenhilfe?“	Seite 12
Workshop 5: „Welche Chancen haben Jugendliche mit Migrationshintergrund auf dem Ausbildungsmarkt?“	Seite 15
Workshop 6: „Wie geht gute Arbeit?“ und Workshop 7: „Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt - Wie geht das?“	Seite 17

EINLEITUNG

Die SPD-Arbeitsgemeinschaften (Jusos, SPD 60 plus, AfA, ASF, AGS, ASG und ASJ) hatten Ende Oktober 2010 zu einer gemeinsamen Veranstaltung im Rahmen der 100-Dialoge-Tour mit dem Titel „Bildung - Integration - Beschäftigung“ nach Reutlingen eingeladen. Außerdem beteiligten sich Schwusos, Polizeibeirat und Migrationsbeirat. Außerdem nahmen am Vormittag die Besucherinnen und Besucher des Wahlkämpfer-Treffens teil, das am gleichen Ort stattfand, bevor sie sich nachmittags in Klausur zurückzogen. Der Journalist Rainer Nübel führte als Moderator durch den Tag.



*„Es gibt nur eines, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.“
John F. Kennedy (1917-1963)*



Der scheidende Landtagsabgeordnete von Reutlingen, Rudolf Hausmann MdL, hielt ein Grußwort und übergab dann das Wort an den SPD-Landesvorsitzenden und Landtagskandidaten im Wahlkreis Reutlingen, Nils Schmid MdL. Dieser betonte in seiner rund halbstündigen Rede die zentrale Bedeutung von Bildung und Integration. „Sozialer Aufstieg durch Bildung“ lautete seine Hauptforderung. Jedes Kind müsse die Chance auf Bildung haben - unabhängig von seiner Herkunft und vom Geldbeutel der Eltern. Deshalb müsse früh in Bildung investiert werden. Der Ausbau der

Ganztageschulen müsse vorangetrieben werden.

*„Du und ich: Wir sind eins. Ich kann Dir nicht wehtun, ohne mich zu verletzen.“
Mahatma Gandhi (1869-1948)*

Zum Thema Integration sagte Schmid: „Zuwanderung ist keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung.“ Die Einwanderungsgesellschaft sei Normalität in Baden-Württemberg. Integration werde millionenfach gelebt. Es gebe Probleme, aber auch Integrationserfolge. Das weiß Nils Schmid aus eigener Erfahrung, ist er doch mit einer türkischstämmigen Frau verheiratet, die es geschafft hat mit türkischem Abitur in Deutschland ein Studium zu absolvieren.

„Wenn man von den Leuten Pflichten fordert und ihnen keine Rechte zugestehen will, muss man sie gut bezahlen.“

Johann Wolfgang Goethe (1749-1832)

Leiharbeit sei ein sinnvolles Instrument, um Auftragsspitzen zu bewältigen, dürfe aber keinesfalls missbraucht werden. Die in den letzten Jahren entstandenen Wildwüchse im Bereich der Leiharbeit müssten eingeschränkt werden. Die Forderung nach einem existenzsichernden Mindestlohn sei wichtiger denn je, ansonsten drohe vielen Menschen Altersarmut.

Anschließend stellten Vertreter der Arbeitsgemeinschaften ihre Workshops kurz vor. Besonders die Einführung von Lothar Binding MdB zum Thema Integration regte zum Nachdenken an. Er zitierte aus „*Des Teufels General*“ von Carl Zuckmeyer:

„Und jetzt stellen Sie sich doch mal Ihre Ahnenreihe vor - seit Christi Geburt. Da war ein römischer Feldhauptmann, ein schwarzer Kerl, braun wie 'ne reife Olive, der hat einem blonden Mädchen Latein beigebracht. Und dann kam ein jüdischer Gewürzhändler in die Familie, das war ein ernster Mensch, der ist noch vor der Heirat Christ geworden und hat die katholische Haustradition begründet. -Und dann kam ein griechischer Arzt dazu, oder ein keltischer Legionär, ein Graubündener Landsknecht, ein schwedischer Reiter, ein Soldat Napoleons, ein desertierter Kosak, ein Schwarzwälder Flößer, ein wandernder Müllerbursch vom Elsass, ein dicker Schiffer aus Holland, ein Magyar, ein Pandur, ein Offizier aus Wien, ein französischer Schauspieler, ein böhmischer Musikant - das alles hat am Rhein gelebt, gerauft, gesoffen und gesungen und Kinder gezeugt. ... Vom Rhein - das heißt: vom Abendland. Das ist natürlicher Adel. Das ist Rasse.“

Nach einer Mittagspause wurde rund zwei Stunden lang in Workshops weitergearbeitet. Die Ergebnisse wurden danach im Plenum vorgestellt und diskutiert.

Die Zusammenfassungen der einzelnen Workshops finden sich auf den folgenden Seiten .

Gudrun Igel-Mann



WORKSHOP 1: „WIE GEHT GUTE BILDUNG?“

Am Workshop beteiligten sich Fabian Rothfuss (stellv. Juso-Landesvorsitzender) und Christian Eheim (Juso-Landesgeschäftsführer), sowie 5 weitere Teilnehmer und Teilnehmerinnen.

Der Antragsentwurf des Juso-Landesvorstandes „Bildung kann was!“ wurde diskutiert.

Als Feedback merkten die TeilnehmerInnen folgende Punkte an:

- Das Thema „Schulbauforderrichtlinien“ solle im Antrag berücksichtigt werden.
- Die derzeitigen Probleme des Schulsystems wurde zu wenig benannt.
- Der Übergang auf die beruflichen Gymnasien werde nicht ausreichend berücksichtigt.
- Generelle Leitfragen der Diskussion waren:
 - o Wie kann der Einstieg zur Bildungsreform aussehen?
 - o Was tut die SPD direkt, konkret und kurzfristig zur Reform des Bildungssystems?
 - o Gibt es einen niedrighschwelligen Einstieg in die Reform?
 - o Wie gewinnt die SPD breite Akzeptanz für ihre Reformpläne?

Christian Eheim



WORKSHOP 2: „ENTSCHEIDET DIE BILDUNG ÜBER UNSERE GESUNDHEIT?“

I. Präambel

Die Arbeitsgruppe diskutierte die Frage, warum Bürger mit niedrigerem sozioökonomischem Status eine geringere Lebenserwartung haben, sie diskutierte insbesondere die Frage, ob mehr Bildungsangebote an die Betroffenen diese Benachteiligung heilen können.

Die Arbeitsgruppe untersuchte die Frage

- inwieweit ein höheres Bildungsniveau gesundheitsförderlich sein kann,
- inwiefern ein spezielles Bildungsangebot zur Frage der gesundheitserhaltenden Alltagstechniken (Hygiene, Ernährung, etc.) langfristig zur Verbesserung und zum Erhalt der Gesundheit beitragen kann.

II. Rahmenbedingungen

1. Sozioökonomischer Status und Lebenserwartung

Das Gutachten des Sachverständigenrats zur Entwicklung im Gesundheitswesen belegt einen direkten Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Status und Lebenserwartung. („... dass Personen mit einem niedrigen sozioökonomischen Status überproportional häufig einen beeinträchtigten Gesundheitszustand aufweisen, dass sie vergleichsweise kränker sind und eine geringere Lebenserwartung als Personen mit einem höheren sozioökonomischen Status haben“... Gutachten 2005 S. 115 ff.) D. h. Bürgerinnen und Bürger mit niedrigerem sozioökonomischem Status haben durchschnittlich eine kürzere Lebenserwartung und weniger Jahre des gesunden Lebens. So kommen Untersuchungen für den Zeitraum 1995 bis 2005 zu dem Ergebnis, dass die mittlere Lebenserwartung bei Geburt für Männer 75,3 und für Frauen 81,3 Lebensjahre betrug. Die Differenz zwischen der höchsten und der niedersten Einkommensgruppe betrug bei Männern 10,8 Jahre und bei Frauen 8,4 Jahre. Männer und Frauen die das 65. Lebensjahr erreicht haben, konnten damit rechnen, 15,7 bzw. 19,3 weitere Jahre zu leben. Im Vergleich zwischen dem oberen und unteren Ende der Einkommensverteilung ergibt sich bei den Männern eine Differenz von 7,4 und bei den Frauen von 6,3 Jahren. Von Geburt an können Männer mit 64,8 und Frauen mit 66,6 gesunden Lebensjahren rechnen. Der Abstand in der gesunden Lebenserwartung zwischen der höchsten und niedrigsten Einkommensgruppe beträgt bei den Männern 5,9 und bei den Frauen 3,9 Lebensjahre. (Quelle: Lampert, Kroll, Dunkelberg 2007)



2. Benachteiligung in der Kindheit führt zu Krankheit

2.1 Soziale und emotionale Deprivation (Vernachlässigung, Mangel, ungeordnetes häusliches Umfeld usw.) (verhältnis- und verhaltensbedingte Lebenswelten), führen zu frühkindlichem Stress und damit zu neurobiologisch nachweisbaren Veränderungen des kindlichen Gehirns, die anfällig machen für Sucht, Schmerz, Entwicklung einer Borderline-Persönlichkeit usw..

2.2 Kinder aus Familien mit sozioökonomisch niederm Status haben wenig Chancen, die zur Erhaltung der Gesundheit notwendigen Bewältigungsstrategien des Alltags zu erlernen – geregelter Tagesablauf, Hygiene (wie z. B. Zähne putzen), geregelte und qualitativ ausreichende Ernährung.

2.3 Kinder aus Familien mit sozioökonomisch niederm Status sind ärztlichen Fehldiagnosen in höherem Maße ausgesetzt als Kinder von Eltern mit höherem Bildungsstandard, z. B. ADHS-Diagnose.

2.4 Die Schulempfehlung für Kinder am Ende der 4. Grundschulklasse korreliert mit der beruflichen Stellung der Eltern. Die Chance vom Lehrer für das Gymnasium empfohlen zu werden ist für Kinder von Spitzenmanagern 3,3 X höher, als für solche von an- oder ungelerten Arbeitern - 0,8 (Quelle: Hovestedt, Eggers 2007 / Hans-Böckler-Stiftung 2007)

2.5 Kinder aus Ein-Eltern-Familien sind häufiger schlechten sozialökonomischen Bedingungen ausgesetzt als Kinder aus Zwei-Eltern-Familien.

2.6 Bildungsmaßnahmen in der Kindheit sind sinnvoll um elternhausbedingte Defizite der Alltagsbewältigung, der Bildung und der Ernährung zu kompensieren. Allgemeine Bildungsmaßnahmen werden jedoch allein nicht ausreichen; es sei denn es gelingt, den sozioökonomischen Status der Eltern (Arbeitslosigkeit, Mehrfacharbeitsplätze, prekäre Beschäftigung, tradiertes Fehlverhalten) positiv zu beeinflussen.

3. Welche Einflüsse führen im Erwachsenenalter zu einer Minderung der Lebenserwartung von Bürgern sozioökonomisch niederen Status und sind diese Fakten durch Bildungsmaßnahmen zu beeinflussen?

3.1 Es besteht eine klare Korrelation zwischen Langzeitarbeitslosigkeit und Sterblichkeit (Langzeitarbeitslose haben ein 3,2-fach relativ höheres Mortalitätsrisiko (Sterblichkeit), als korrespondierende Bevölkerungsgruppen (Nichtarbeitslose). (Quelle: GEK-Gesundheitsreport 1999)

Mögliche Gründe für diese überhöhte Sterblichkeit liegen nach Auffassung der Arbeitsgruppe in den psychischen Folgen der Zerstörung des Selbstwertgefühls durch Langzeitarbeitslosigkeit. Erst sekundär muss der Missbrauch von Genussmitteln und die massive Fehlernährung (Kauf von Dickmachern die preisgünstiger sind, als ballaststoffreiche Nahrungsmittel), vieler Langzeitarbeitsloser gesehen werden.

3.2 Erwachsene mit niederem sozioökonomischem Status leiden unter dem Dauerstress von Zeitmangel infolge u. a. von Mehrfachjobs und prekärer Beschäftigung. Sie leiden aber ebenso unter der offensichtlichen Missachtung ihrer Arbeit durch nicht ausreichende Entlohnung. Dies führt einerseits zu einer extrem ungesunden Lebensweise (keine Zeit für Bewegung, keine Zeit für qualifizierte Zubereitung von Essen, keine Zeit für Bildung), andererseits auch zu einer kontinuierlichen psychischen Stresssituation.

3.3 Eine Prävention durch verbesserte Bildungsangebote, Edukation zur gesunden Lebensweise läuft ohne eine Verbesserung der individuellen sozialen Situation komplett ins Leere. Hier hilft nur ein gesetzlicher Mindestlohn und berufliche Qualifikation.

3.4 Ein verbessertes Bildungsangebot kann Einsicht in die psychische Situation vermitteln und zeigt ggf. Möglichkeiten eines alternativen Handelns, kann aber nur mit gleichzeitiger Verbesserung der beruflichen Situation im Sinne einer gezielten Förderung zur Wiedererlangung eines Arbeitsplatzes Wirkung zeigen.

4. Bildung und Zweiklassenmedizin bei ökonomisch unterschiedlich gestellten Bürgern

4.1 Zweiklassenmedizin GKV – PKV

Der Leistungskatalog der GKV verweigert den Bürgern wesentliche, insbesondere im Alter und bei Behinderung bestimmende Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens (bspw. Brille, Zahnersatz, Hörgeräte). Andererseits wird die Gesundheit von PKV-Versicherten durch überbordendes diagnostisches und therapeutisches Angebot eher gefährdet als gefördert.

4.2 Guter sozioökonomischer Status, Bildung und Gesundheit

In einem intransparenten Gesundheitswesen hat der gebildete Bürger mehr Durchsetzungsmöglichkeiten um die für seine Krankheit optimale Behandlung zu erlangen. Unkenntnis des Systems durch Mangel an Bildung verhindert eine Inanspruchnahme im Rahmen der durch die gesetzliche Krankenversicherung gebotenen Möglichkeiten. Hier sind ein erhöhtes Bildungsangebot und mehr Information über das System sinnvoll.

Die wesentlichen Erkrankungen mittleren und höheren Alters sind Zivilisationskrankheiten (Diabetes, Fettsucht, Hypertonie, Apoplex, Herzinfarkt etc.). Hier ermöglicht ein höherer Bildungsstandard ein besseres präventives Verhalten (sofern das notwendige Geld und die notwendige Zeit vorhanden sind).

4.3 Ein breites Informations- und Bildungsangebot zu den Möglichkeiten individueller Lebensführung, aber auch zu den Möglichkeiten innerhalb des Gesundheitswesens Hilfe zu finden, ist gesundheitsförderlich.

III. Fazit

Die ASG fordert ein breites und transparentes Informationsangebot für alle Bürger mit dem Ziel, das Wissen zur individuellen Lebensführung, aber auch mit dem Ziel, die eigenen Möglichkeiten innerhalb des Gesundheitswesens im Sinne der gerechteren Durchsetzung eigener Ansprüche zu erlangen.

Die ASG fordert umfassende Förderungsmöglichkeiten für Kinder, um die schichtenspezifischen Defizite der Bildung, aber auch die Defizite in der Alltagsbewältigung auf dem Gebiet der Strukturierung des Alltags, der Hygiene, der Ernährung usw. zu beheben.

Ein Bildungsangebot an Erwachsene mit sozioökonomisch niederem Status mit dem Ziel einer Krankheitsverhinderung durch verbesserte Bildungsangebote, Edukation zur gesunden Lebensweise etc. läuft ohne Verbesserung der individuellen sozialen Situation komplett ins Leere. Die ASG fördert daher einen gesetzlichen Mindestlohn der deutlich höher liegt, als das nach dem GG beschriebene Existenzminimum und einen einklagbaren Rechtsanspruch auf berufliche Erstausbildung und Weiterqualifikation für diese Bürger.

Vor jeder Bildungsoffensive müssen die sozialen Verhältnisse der Bürger im Sinne der Chancengleichheit geordnet werden. Bildungsangebote in der Kindheit sind effizienter, als jedes Angebot an Erwachsene. Das ist der erste und wichtigste Schritt zu Beseitigung der verhältnisbedingten Krankheitsursachen und Übersterblichkeit in Abhängigkeit der Zugehörigkeit zur sozialen Schicht.

Diese alte und noch nie gelöste Frage der Sozialmedizin muss die SPD endlich be- und aufgreifen. Damit hat sie die Chance, Bindungswirkungen die sie in den letzten Jahren und Jahrzehnten für große Wählergruppen verloren hat, wieder zu zurückzuholen und sich als die gesundheitspolitische Partei darzustellen, für die soziale Gerechtigkeit nicht nur ein „Wort zum Sonntag“ ist, sondern auch im Alltag gilt.

Klaus Kirschner und Dr. Peter Schwoerer

WORKSHOP 3: „OHNE BILDUNG = KRIMINELL. STIMMT DAS?“

Vorbereitet und moderiert wurde dieser Workshop für den Polizeibeirat durch Torsten Köpschall unter Mitarbeit von Uwe Kaltenmark von der ASJ, dem an dieser Stelle besonders Dank für seine Unterstützung gesagt sei.

In kleiner, aber feiner, Runde wurde mit Teilnehmern aus dem Kulturbereich, aus der Justiz und der Polizei über die Frage diskutiert, in wie weit mangelnde Bildung für die Entstehung von Kriminalität verantwortlich sei.

Der Amokläufer von Winnenden und Wendlingen war kein Schulabbrecher, sondern besuchte nach der Realschule eine kaufmännische Privatschule. Die Amokläuferin von Lörrach, war Rechtsanwältin, die beiden vierfachen Mörder von Eislingen gingen auf ein Wirtschaftsgymnasium.

Bei der Vorstellung des gemeinsamen Workshops der Polizei und der ASJ fragte der Vorsitzende des Polizeibeirats Martin Zerrinius, wer von den Anwesenden glaube, das Kriminalität auf die im Titel gestellte Frage zurückzuführen sei.

„Wer insgeheim doch erhofft hatte, dass es so einfach ist, der muss nun leider endgültig enttäuscht werden. Kriminalität ist multikausal,“ so die erste Einschätzung der Diskutanten. Wenn die Antwort so einfach wäre, könnten wir einfach mit mehr Bildung Kriminalität abschaffen.

Es gibt genügend Kriminalitätsformen, die einen hohen Bildungsstand erfordern. Straftäter, die lediglich über einen geringen Bildungsstand verfügen, neigen eher zur Gewaltkriminalität und ziehen andere dadurch direkt in Mitleidenschaft. Diese ist leichter aufzuklären als hochkomplexe Formen der Organisierten Kriminalität oder der Wirtschaftskriminalität, die eher egoistische Ziele wie Bereicherung, befriedigen.

Aktuell sitzen in baden-württembergischen Jugendstrafanstalten prozentual mehr Strafgefangene mit geringem oder gar keinem Schulabschluss; Gefangene mit mittlerer Reife oder Abitur machen lediglich knapp 5 % aus.

Das bedeutet aber nicht, dass Abiturienten weniger kriminell sind. Möglicherweise sind diese entweder cleverer und lassen sich nicht erwischen oder werden aufgrund positiverer Sozialprognosen seltener zu einer Haftstrafe verurteilt.

Die Justiz fragt den Schulabschluss nur bei denen ab, die tatsächlich in den Strafvollzug kommen, die Polizei erhebt diese Daten gar nicht.

Wichtig ist an dieser Stelle zu erwähnen, dass Bildung auch im Strafvollzug in Form von Möglichkeiten einen Schulabschluss zu machen, stattfindet. Allerdings sollten die Bedingungen inner-



halb des Strafvollzugs insgesamt auf den Prüfstand kommen. (Stichwort „2. Kriminalitätsstufe – Kriminalisierungen im Strafvollzug“)

Unser Verhalten ist bildungsgeprägt. Ein guter Schulabschluss IST eine Fahrkarte in eine berufliche Zukunft und hat somit Identität stiftende und integrierende Funktion. Daher ist die Forderung, allen den gleichen Zugang zu Bildung – unabhängig vom Elternhaus - zu ermöglichen völlig richtig!

Forschungsergebnisse zeigen auch, dass Programme für Kriminalprävention an Schulen wirken. Schulsozialarbeit findet statt! Hierfür muss Geld in die Hand genommen werden. Es sei erwähnt, dass die Polizei sich immer mehr aus der Präventionsarbeit zurückzieht.

Als Ergebnis würden wir uns eine Studie zu diesem Thema für Baden-Württemberg wünschen. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen und der Polizeibeirat werden an dieser Thematik dranbleiben und der SPD Baden-Württemberg berichten.

Torsten Köpschall

WORKSHOP 4: „WIE GEHT GUTE INTERKULTURELLE ALTENHILFE?“

Alt werden in der Neuen Heimat

Die aktuelle Lage

Wir haben einen Anteil der Älteren, die einen Migrationshintergrund haben, der ständig wächst. Deshalb sind wir in der Arbeitsgemeinschaft 60 plus – ist unsere Gesellschaft insgesamt – dazu aufgerufen, dies zur Kenntnis zu nehmen. Es sind immerhin mehr als 1,3 Millionen Migranten im



Rentenalter, mit steigender Tendenz. Es war erwartet worden, dass die Migranten im Rentenalter wieder in ihre ursprüngliche Heimat zurückkehren würden. Das hat nicht stattgefunden. Sie haben teilweise in ihrem Berufsleben eine schwere Arbeit geleistet, sind oft nicht qualifiziert gewesen. Sie scheiden viel früher aus dem Erwerbsleben aus (Berufsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit). Ihre soziale Identität war meistens alleine auf die Arbeitskraft reduziert. Die Rente ist durchschnittlich um etwa 30 Prozent niedriger als bei den deutschen Kollegen. Für sie ist der Übergang vom Arbeitsleben in die Rente ein noch krasserer Bruch, wie für uns.

Ausserdem haben sich auch die Familienstrukturen zunehmend gewandelt. Die Annahme, dass Migrantinnen und Migranten im Alter von ihren Familien versorgt werden, trifft oft nicht zu.

Was können wir tun ?

Zuerst einmal müssen wir die Datenlage verbessern. Was es in grösseren Städten und Landkreisen gelegentlich gibt, wollen wir auch in kleineren Städten und Gemeinden haben: Eine Übersicht über die Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Frauen, Männer, mit Altersangabe. Das gehört dann in die Sozialberichterstattung (Armutbericht) ohne die Fokussierung auf einzelne Nationalitäten (aus der Türkei).

Wir wollen mit Migranten reden, nicht über sie!

Dazu können wir auf gute Begegnungen bauen, die wir in der Kindergartenarbeit, der Schule, am Arbeitsplatz, in Vereinen sowie in Kirchengemeinden haben. Wichtig ist, dass Potenziale in der Bildung entwickelt werden:

Deutschkenntnisse

Bei älteren Migranten sollen die Deutschkenntnisse auch nach der Pensionierung erhalten bleiben. Dazu gilt es Angebote zu machen (VHS o.ä.) aber auch Gesprächskreise, die wir selbst organisieren können.

Bei alteingesessenen Migranten, die in ihrem Milieu leben, ist das Interesse an der deutschen Sprache gering. Hier sollten wir auf die nachfolgenden Generationen zählen, sie mit ins Boot nehmen, um eine Zweisprachigkeit im Rahmen des Familienverbundes herzustellen.

Richtig ist, dass es mit „Tarzan-Deutsch“ im Alter noch mehr Probleme gibt, als zuvor. Sprechen Sie mit der örtlichen VHS über die Möglichkeiten der interkulturellen Kommunikation. Dabei ist es wichtig, dass die Unterschiede zwischen den Kulturen beachtet werden.

Beispielsweise: Ein Grieche, Italiener oder ein Türke kann es nicht verstehen, dass man zusätzlich Geld dafür zahlt, dass man im Krankenhaus ein Einzelzimmer bekommt – sie möchten gerne Gesellschaft haben, deshalb kommt die ganze Grossfamilie vorbei.

Unsere Altenhilfe aus der Sicht der Migranten

Der Gesundheitszustand ist meist schlechter als bei gleichaltrigen Deutschen. Das liegt unser anderem auch an der schweren Arbeit (Akkord, Schicht, schwere Arbeit) aber auch an der oft traumatischen persönlichen Lebenserfahrung – politische Verfolgung, Vertreibung, Diskriminierung.

Viele meinen, die Altenhilfe sei nur für die Deutschen zuständig. Soziale Netzwerke innerhalb der ethnischen Gemeinschaft gibt es gerade in Kleinstädten und Gemeinden nicht.

Wir haben hier eine Bringschuld

Auf seiten der Altenhilfe müssen die Kenntnisse über die Bedürfnisse dieser Bevölkerungsgruppe erfasst und aufgenommen werden. Die Einrichtungen der Altenhilfe stehen vor der Aufgabe, sich interkulturell zu öffnen, die Migranten einzubeziehen, sie anzusprechen und zu integrieren.

Machen Sie in Ihrer Gemeinde einen Besuch bei der Sozialstation, bei den Mobilen Diensten, in Pflegeheimen. Fragen Sie, die das dort gemacht wird. Fragen Sie die Ärzte in Ihrem Umkreis, wie sie die Situation einschätzen, sprechen Sie mit den Ausländerorganisationen.

Sprechen Sie mit den Organisatoren AWO, Diakonie, Caritas, Samariterstift usw. über deren Programme.

Gerade in den Pflegeeinrichtungen ist es wichtig, dass neben der Aussagen der Biografie darauf geachtet wird, wie die Verhaltensweisen und Vorstellungen von Lebensgestaltung angelegt sind, religiöse Bedürfnisse, Essenswünsche, Angehörigenarbeit und dergleichen mehr.

42 Prozent der Beschäftigten in der Altenhilfe haben selbst einen Migrationshintergrund. Das muss als Chance erkannt werden, in den Pflegeeinrichtungen und in den Mobilen Diensten auf die Bedürfnisse der Migranten einzugehen. Es muss eine Vernetzung zwischen den Institutionen der gesundheitlichen Versorgung und der Altenhilfe geben, dazu gehören aber auch Migrationsberatung und –sozialarbeit.



Auch die Wohnsituation muss altengerecht ausgebaut werden – dass ist ein Appell an die städtischen und Kreiswohnbaugesellschaften. Auch in Miet- und Sozialwohnungen müssen das leisten.

Ehrenamt

Es gibt ehrenamtliches Engagement von Migranten – das muss anerkannt und gefördert werden. Das kann auch helfen, im Bereich der Pflegebegleitung, Familienhilfe, Beratung für pflegende Angehörige die präventiven Beratungsnetzwerke zu verstärken. Ältere Migranten sollen angemessen in den Seniorenvertretungen und Beiräten auf allen Ebenen vertreten sein.

Eine grosse Aufgabe für die Begegnungsstätten, die als Türöffner unbedingt gebraucht werden. Schlüsselpersonen, die helfen, die Scheu abzubauen. Migrationsarbeit mit und für Senioren muss besser vernetzt werden, die Senioren-, Stadtteil- und Familienbüros müssen bekannter werden.

Fangen wir an damit – machen wir einmal einen (Neujahrs)Empfang für alle Migranten im Ort, im Kreis. Laden wir dazu alle die ein, die etwas mit Seniorenarbeit zu tun haben. Und lasst das zu einer ständigen Einrichtung werden.

Marga Elser

WORKSHOP 5: „WELCHE CHANCEN HABEN JUGENDLICHE MIT MIGRATIONSHINTERGRUND AUF DEM AUSBILDUNGSMARKT?“

Mitdiskutiert haben

Herr Andreas Günter, Berufsschule Reutlingen

Herr Wunsch, Lehrer in Pforzheim (Berufsvorbereitungsjahr)

Herr Erturan, Unternehmer, Mitglied der IHK Vollversammlung Stuttgart
Vorsitzender ATGIAD

Herr Halim Caliskan, Unternehmer und Ausbilder, Mitglied ATGIAD

Natali Mistic, Schülerin sucht Ausbildungsstelle

Judith Teckle, Schülerin und Ausbildungssuchende

sowie Ralf Weinbrecht, Lars Barteit, Helmut Sperling, Ulrich Hummel

Diskussionsleitung: von Spiessen, stellvertretender AGS-Landesvorsitzender

Zusammenfassung:

1. Herr Wunsch schilderte – im Gegensatz zu seinem Kollegen Günter, der Auszubildende unterrichtet - erhebliche Probleme des Berufsvorbereitungsjahres. Er unterrichtet 17 Schüler. Häufiger Kontakt zu Jugendamt und Kripo erforderlich, Elternabende: 4 Eltern anwesend; Jugendberufshelfer werden in zunehmendem Umfang benötigt; bezeichnende Äußerung: „Er sei leider manchmal „froh“, wenn einer nicht kommt“.

Ausweg sehe er in kürzeren Bildungsgängen, auch für Späteinsteiger, nach Erreichen des gewissen „Reifegrades“. Es herrsche Lehrermangel.

Die Sozialisation beginne früher als in der Schule, insbesondere schon weit vor der beruflichen und schulischen Bildung. Dort sei es häufig zu spät.

Herr Wunsch: an Grund- und Hauptschulen in die Familien hineingehen und mit diesen kommunizieren und die Motivation auch der Eltern stärken, Hemmschwellen abbauen.



Forderungen aus dem Teilnehmerkreis:

- Vorschlag einer Kindergartenpflicht (kostenlos) mit Spracherziehung.
- Sozialarbeiter an Grund- und Hauptschulen
- Aufstockung der Lehrerbzahlen

2. Plenum: Zur Schaffung und Vermittlung von Ausbildungsplatzangeboten müssen die Kammern aktiver werden (Handwerkskammer, IHK, berufsständische Kammern usw.). Diese könnten sich auch vermittelnd einschalten.

3. Sprachprobleme als Ursache für Schwierigkeiten auf dem Ausbildungsmarkt?

Die Beherrschung einer fremden Sprache wurde von Referenten und Plenum weniger als Hindernis denn als Chance empfunden. Die deutsche Sprache sollte grundsätzlich beherrscht werden. Eine Zusatzqualifikation könne auch in der Kenntnis fremder Kulturen und der Mentalität von Kunden, Patienten oder Mandanten mit Migrationshintergrund sein. Teilweise sei dies für die Tätigkeit in einem Ausbildungsbetrieb unerlässlich: Beispielsweise bei einer Arzt-, Zahnarztpraxis, auch bei Rechtsanwalt, die von Migranten aufgesucht würden.

4. „Automatisierte Bewerberverfahren“, wie sie zum Teil auch in der Verwaltung eingeführt werden, wurden hinsichtlich ihrer Auswahlpraxis als problematisch angesehen. Dies, wenn bei etwa 500 Stellen 5.000 Online-Bewerbungen entgegengenommen würden und an die 4.500 automatische Absagen erfolgten.

Ein großes Problem bei den Bewerbungen sei auch die häufige Enttäuschung: Wenn teilweise bis zu 250 Bewerbungen geschrieben wurden, käme Resignation auf und man sei nicht mehr motiviert.

Eine Auszubildende berichtete von einer konkreten Erfahrungen: Sie habe eine Ablehnung mit der Begründung erhalten, sie habe nicht die notwendige deutsche Staatsangehörigkeit (Kroatien).

5. Von Lehrern und Schülerinnen wurde teilweise auch eine Polarisierung unter den Schülern beobachtet (ausländisch gegen deutsch bzw. umgekehrt).

Friedhelm von Spiessen



WORKSHOPS 6 UND 7: „WIE GEHT GUTE ARBEIT?“ UND „CHANCENGLEICHHEIT AUF DEM ARBEITSMARKT - WIE GEHT DAS?“

Udo Lutz und Bärbel Mauch führten in das Thema ein.

Durch die hohe Exportabhängigkeit von Baden-Württemberg waren wir besonders stark von der Wirtschaftskrise betroffen. Erneut ist die industrielle Großfertigung zusammengebrochen (davon in der Textil- und Uhrenindustrie geschehen). Die derzeitige Stabilisierung der Wirtschaftslage ist erneut exportabhängig und dadurch weiterhin krisenanfällig.

Eine Stärkung des Binnenmarkts, z.B. durch gute Tarifabschlüsse, wäre jetzt notwendig.

Baden-Württemberg ist auch das Land der alternativen Energieformen, hier liegt Gestaltungs- und Wirtschaftspotential. Der Mittelstand im Maschinenbau steht vor großen Finanzierungsproblemen, die Banken gewähren immer weniger Kredite.



Schlussfolgerung:

Wirtschaftspolitik muss anders ausgerichtet werden.

Die Situation am Arbeitsmarkt ist geprägt von immer weniger Vollzeitbeschäftigten, jeder 5 Beschäftigte arbeitet bereits unter unsicheren, atypischen Bedingungen (Befristungen ohne Sachgrund, Leiharbeit, Midi- und Minijobs, Praktika, Aufstockung mit Hartz IV wegen geringer Löhne/Gehälter). Dies gilt alles verstärkt für Frauen am Arbeitsmarkt. Die Krise hat zwar Männer stärker getroffen, zugleich aber den Druck auf Frauen erhöht, erwerbstätig zu sein. Frauen werden verstärkt zur Familienernährerinnen, in der Regel bei geringerem Einkommen als die Männer, was das Armutrisiko, nicht zu letzt für Kinder erhöht. Hinzu kommt noch die Entgeltungleichheit, zum einen strukturell bedingt, z.B. durch eine Berufswahl häufig in gering bezahlten Berufen (oft mit dem Hintergrund, dass dort Familie und Beruf scheinbar besser zu vereinbaren sind). Aber auch tatsächliche Ungleichheiten in Stundenlöhnen von bis zu 12 % weniger für exakt die selbe Tätigkeit. In Baden-Württemberg ist auch die Rollenteilung in der Familie nach wie vor klassisch ausgestaltet.

Hier sind der gesetzliche Mindestlohn und eine Weiterentwicklung des Familienbildes wichtige Schritte. Familienarbeit ist nicht gleich Frauenarbeit.

Was ist für uns gute Arbeit?

- Finanzielle Sicherheit, das Einkommen muss zum Leben reichen.
- Arbeit darf nicht zu Lasten der physischen und psychischen Gesundheit gehen
- Arbeit muss Spaß machen, d.h. es muss eine Perspektive geben, mit Weiterbildung u. ä.
- Arbeit muss menschengerecht sein – Zeit für Freizeit, Ehrenamt u.ä. lassen.
- Die Würde der ArbeitnehmerInnen muss gewahrt werden, gesellschaftliche Anerkennung für gleiche und gleichwertige Arbeit in gleichem Umfang
- Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit.



Andrea Schiele und Udo Lutz

Impressum:
SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel. 0711/61936-0

Layout: Dr. Gudrun Igel-Mann

Druck: Eigendruck